ROTkehlchen

Die linke Stimme für Oberspreewald-Lausitz

Lěwy głos za Górne Błóta-Łužycu

Ausgabe Januar 2024

Lesen und Weitergeben

Landtagswahl	Senftenberg Lübbenau	Lauchhammer	aktuelle Proteste	Großräschen	Calau
Seite 2	Seite 3	Seite 4	Seite 5	Seite 6	Seite 7

Volksinitiative für ein kostenloses Mittagessen

Kinder können mit leerem Magen nicht lernen. Leider ist das momentan viel zu oft der Fall. Dabei hat jedes Kind in Brandenburg das Recht, gesund und glücklich aufzuwachsen. Und, dazu gehört auch eine vollwertige Ernährung. Das Schulgesetz regelt die Bereitstellung des Mittagessens in unseren Schulen als Grundversorgung, so dass jedem Kind in der Grundschule der Zugang zu einer ausgewogenen Mittagsmahlzeit ermöglicht werden muss. Allerdings sieht das Schulgesetz keine Regelung zur Deckelung der Kostenbeteiligung der Eltern vor. Damit können Preise leider weiter steigen. Grund sind zum einen die unverändert hohen Nahrungsmittelpreise, die gerade viele Menschen sehr belasten. Durch den höheren Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent ab Januar 2024 rechnen Caterer und Versorgungsanbieter weiter mit Preissteigerungen. Die Preise für ein Mittagessen pro Tag liegen nicht selten schon jetzt zwischen fünf bis sechs Euro. Das bedeutet für eine Familie mit zwei Kindern im Grundschulalter Kosten von 200 bis 250 Euro pro Monat. Familien tragen die höchste Inflationsbelastung. Ihre Einkommen reichen oft nicht mehr, um die gestiegenen Lebenskosten dauerhaft zu decken, Rücklagen fehlen. In Familienhaushalten steigt die Armutsbetroffenheit mit der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder. Alleinerziehende sind noch einmal besonders stark betroffen. Die Maßnahmen von Seiten des Bundes und des Landes entlasten Familien zu wenig, sind kaum bekannt und oft mit komplizierten Antragsverfahren verbunden. Die Entscheidung für eine echte Kindergrundsicherung scheint im Moment auf Bundesebene in weite Ferne zu rücken. Infolge dessen müssen immer mehr Familien mit finanziellen Schwierigkeiten am Mittagessen ihrer Kinder in der Schule sparen. Sie melden also ihre Kinder ab. Leider ist es mittlerweile auch keine Seltenheit mehr, dass Kinder mit leeren Brotbüchsen in die Schule kommen. Unsere Kinder haben aber einen langen Tag in der Schule zu bewältigen und mit leerem Magen lernt es sich nicht gut.

Das darf nicht sein! Die Landesregierung muss dringend handeln! Wir fordern ein beitragsfreies Mittagessen für alle Schüler*innen der 1. bis 6. Klassen an allen brandenburgischen Schulen. Mehrfach hat die Linksfraktion Anträge im Landtag gestellt, diese wurden jedoch abgelehnt. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden, unter anderem mit der Volkssolidarität, der AWO, der GEW, Ver.di und dem Landes-KiTa-Elternbeirat starten wir am 19. Januar 2024 die Volksinitiative zum beitragsfreien Mittagessen für unsere Kinder im Grundschulalter.

Liebe Leserinnen und Leser, helfen Sie mit: mit Ihrer Unterschrift oder beim Sammeln von Unterschriften. Damit unsere Volksinitiative „Schule satt“ erfolgreich ist, brauchen wir mindestens 20.000 gültige Unterschriften. Umso mehr, umso besser! Mitmachen dürfen alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ab 16 Jahre. Jeder Mensch, der sich unserem Bündnis anschließt, erhöht die Chance, dass unsere Forderung im Landtag Brandenburg Gehör findet und Erfolg hat.

Handeln wir gemeinsam- für unsere Kinder!

Weitere Informationen unter: **www.schule-satt.de**

Kathrin Dannenberg
Kreisvorsitzende des Kreisverbandes / MdL Bbg

Schule satt!
Essen für alle Kinder
VOLKSINITIATIVE
www.schule-satt.de

Jetzt unterschreiben!

Für Oberspreewald-Lausitz in den 8. Brandenburger Landtag

Kathrin Dannenberg

für Calau, Lübbenau, Vetschau, Amt Burg und Kolkwitz

Ich bin **Kathrin Dannenberg**, verheiratet, habe eine Tochter und bin von Beruf Lehrerin und wohne in Calau.

Als Lehrerin habe ich 24 Jahre gearbeitet. Seit 2014 bin ich Mitglied der SVV in Calau, Vorsitzende des Sozialausschusses und Mitglied des Landtages Brandenburg. Für die Linksfraktion bin ich dort Sprecherin für die Bereiche Bildungs-, Sport-, Kinder- und Jugendpolitik sowie Minderheitenpolitik. **Warum ich kandidiere:** Die Rechte und Interessen von jungen Menschen, damit auch die Bedürfnisse von Familien, müssen viel stärker in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen gerückt werden. Alle Kinder haben ein Recht auf ein glückliches, friedliches Aufwachsen, auf gleiche Chancen in der Bildung und Freizeit. Kein Kind darf in Armut leben. Das ist für mich eine Verpflichtung, zugleich Motivation für mein politisches Engagement. **Machen Sie mit, nur gemeinsam sind wir stark.**

Kontakt: kathrin.dannenberg@dielinke-osl.de

Kevin Theiler

für Lauchhammer, Amt Ruhland, Schipkau, Schwarzheide und Amt Ortrand

Ich bin **Kevin Theiler**, 26 Jahre alt, wohne in Lauchhammer und bin von Beruf Kaufmann/Verwaltungsangestellter.

Warum ich kandidiere: Ich möchte gerne gemeinsam mit Ihnen unsere Heimat gestalten! Dabei ist Heimat für mich nicht nur eine Begrifflichkeit. Ich bin hier geboren und familiär und gesellschaftlich verbunden. Ich lebe gerne hier. Mit meiner Erfahrung aus fast 10 Jahren Tätigkeit in der Kommunalverwaltung, seit vielen Jahren engagiert in der Kommunalpolitik sowie der Mitgliedschaft in vielen Vereinen und Initiativen weiß ich, wo „der Schuh drückt" und Politik ansetzen muss. Dabei stehe ich für einen offenen und konstruktiven Dialog auf Augenhöhe, gemeinsam mit den vielen engagierten Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern, der hiesigen Wirtschaft, den Kommunalverwaltungen sowie den Entscheidungsträgern vor Ort an der Basis. Der Wahlkreis 38 braucht eine starke Stimme in Potsdam. Dafür stehe ich bereit, **weil es um die Heimat geht.**

Kontakt: kevin.theiler@dielinke-osl.de

Annett Bauer

für Senftenberg, Großräschen, Amt Altdöbern und Drebkau

Ich bin **Annett Bauer**, Dipl.-Sozialpädagogin/Betriebswirtin und in einer fester Beziehung. Seit 25 Jahren engagiere ich mich beruflich und ehrenamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Bildungs- und Sozialpolitik in unserem Land. Besonders am Herzen liegen mir die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung, die Stärkung von Kinder- und Jugendbeteiligung in unseren Kommunen, die Umsetzung von Inklusion und der Kampf gegen (Kinder)Armut. **Ich kandidiere, weil:** wir in Brandenburg endlich in gute Bildung und in eine funktionierende soziale Infrastruktur investieren müssen. - ich der festen Überzeugung bin, dass ein gutes Leben für alle Menschen in unserer Region möglich ist, wenn wir Politik im Dialog mit den Menschen vor Ort gestalten. - man Politik nur ändern kann, wenn man mitmacht und, **weil wir jetzt um unsere Demokratie kämpfen müssen.**

Kontakt: annett.bauer@dielinke-osl.de

Der Haushalt 2024 unserer Stadt Senftenberg

Es war der erste Haushalt für Bürgermeister und Kämmerin und es war in diesem Jahr keine leichte Aufgabe, zweimal wurde der Haushalt 2024, hier insbesondere die Kreditaufnahme 2024 durch die Kommunalaufsicht abgelehnt.

Wesentliche verschlechterte finanzielle Rahmenbedingungen führten dazu, dass der HH 2024 gekürzt wurden musste und unsere Stadt an vielen Stellen zum Sparen gezwungen wurde. Es wird Einsparungen bei Investitionen geben, insbesondere bei der Modernisierung der Lüftung der Turnhallen der Regenbogen Grundschule und der Grundschule am See, der Verzicht auf ein grünes Klassenzimmer sowie der Verzicht auf die Umsetzung der Spielplatzkonzeption. Trotzdem konnten die bisherigen sozialen Leistungen im Haushalt erhalten werden und möglichst keine wesentlichen Kürzungen erfahren. Nach wie vor werden freiwillige Leistungen, wie z.B. die Schulsozialarbeit, Unterstützung der Tafel und des Frauenhauses, finanziell unterstützt. Wir haben 2 große Baumaßnahmen, den Anbau der Regenbogen Grundschule und unser Erlebnisbad. Der Anbau der Regenbogen- GS muss realisiert werden und dass mit einer Summe von 14 Mio. Euro, die die Stadt allein trägt, denn an Förderprogrammen zum Schulneubau fehlt es in unserem Land Brandenburg oder wenn es sie gibt sind sie überzeichnet. Übrigens war es unsere Linksfraktion im Landtag die einen Antrag zur Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für das Kommunale Investitionsprogramm Bildung eingebracht hat, der allerdings von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde. Sich hier in der Stadtverordnetenversammlung nun noch zu streiten ob das Erlebnisbad oder der Anbau der Grundschule notwendig oder ob es eine falsche Entscheidung war halten wir für kontraproduktiv. Beide Investitionen müssen realisiert werden, denn sie sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und das war auch der Grund warum wir als Fraktion dem Haushalt zugestimmt haben.

Dagmar Hensel-Winzer

Wir werden aber auch die Investitionen, die entgegen der ursprünglichen Planung nicht im Finanzzeitraum 2024 – 2027 berücksichtigt wurden fest im Blick behalten, unsere Forderungen danach richten und unser Augenmerk ganz besonders auf die Prioritätensetzung der Investitionen richten. Die Liste der Maßnahmen, die nicht im Planungszeitraum berücksichtigt wurden, wird für uns eine Arbeitsgrundlage sein und diese werden wir auch unseren, am 9. Juni 2024 gewählten, linken Kommunalpolitikern nahelegen.

Dagmar Hensel-Winzer,
Fraktionsvorsitzende in der SVV Senftenberg

1500 € Miete für Lübbenau? Bei einem kommunalen Wohnungsunternehmen?

So oder ähnlich waren die Reaktionen von Familien, die sich für die neuen Wohnungen der WIS in der Karl-Marx-Straße interessieren. Eigentlich völlig unglaublich. Darum wollten wir uns das auch direkt vom Geschäftsführer der WIS erklären lassen.

Auf Antrag der Fraktion Die Linke, war Herr Jakobs dann in der letzten Stadtverordnetenversammlung des Jahres 2023 anwesend, erklärte Entwicklungen im vergangenen Jahr und beantwortete auch unseren Fragenkatalog. Dabei konnte er aufzeigen, dass die Mieten der WIS in Lübbenau breit gestaffelt sind und schon bei etwa 3,50 Euro pro Quadratmeter beginnen. Allerdings handelt es sich dabei um die Kaltmieten. Die gefühlte Mietsteigerung des letzten Jahres ist auf die sprunghafte Erhöhung der Nebenkosten wie Heizung und Strom zurückzuführen.

Die neuen Wohnungen in der Karl-Marx-Straße heben sich aber schon bei den Kaltmieten deutlich ab. 11 Euro pro Quadratmeter werden hier vorausichtlich fällig, führte Herr Jakobs aus. Bei Wohnungsgrößen von über 100 Quadratmetern kommen da schnell mal 1200 Euro oder mehr zusammen. Kalt, wohlgemerkt! Mit Nebenkosten wohl eher mehr als 1500 Euro!

Nun ist es nicht so, dass wir grundsätzlich gegen Wohnformen sind, die auch mal exklusiver sind als andere und dann entsprechend mehr kosten. Aber besteht hierfür wirklich der Bedarf in Lübbenau? Und sind das tatsächlich die Wohnungen für die „jungen Lübbenauer Familien“, wie sie in den Stadtnachrichten beworben wurden? Wir würden es uns wünschen, wenn viele junge Familien in der Lage wären, monatlich mehr als 1500 Euro nur für das Wohnen auszugeben. Bei den allermeisten jungen Familien dürfte das aber nicht der Fall sein.

Vermutlich liegt der Bedarf aber eher dort, wo es aufgrund der sehr hohen Nachfrage nur einen ganz geringen Leerstand gibt, in den modernisierten Wohnungen der Lübbenauer Neustadt. Und genau hier wünschen wir uns mehr Bauaktivitäten unseres kommunalen Wohnungsunternehmens. Um dann akzeptable Mietpreise anbieten zu können wird es ohne Förderungen durch Bund und Land nicht gehen. Aber wenn vor Jahren die Förderung des Rückbaus von Wohnungen möglich war, sollte es jetzt auch möglich sein, den Bau neuer Wohnungen zu fördern! Der Bund hat 2023 die Zahl der geplanten 400 000 neuen Wohnungen nur zur Hälfte geschafft. Da sollte der politische Wille vorhanden sein, bauwillige Unternehmen zu fördern!

Thomas Fron,
Fraktionsvorsitzender der SVV in Lübbenau

Was macht die Fraktion in der SVV Lauchhammer?

Die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu und es ist wichtig Überlegungen anzustellen, was gut gelaufen ist, wo es Reserven gibt und wo wir neue Wege brauchen.

Die Fraktion DIE LINKE. in der SVV Lauchhammer hat drei Mitglieder und drei sachkundige Einwohner.

Wir sind in allen Fachausschüssen vertreten und nehmen regelmäßig teil. Leider ist diese Arbeitsweise in anderen Fraktionen keine Selbstverständlichkeit und führt dazu, dass der Informationsfluss manchmal ins Holpern kommt.

Vor jeder Stadtverordnetenversammlung treffen sich unsere Mitglieder zwei bis drei Mal und alle Beschlussvorlagen werden diskutiert. Die Ausschussmitglieder bringen die Meinung der Fraktion in den jeweiligen Gremien aktiv ein, wobei es keinen Fraktionszwang gibt. Alle Fraktionssitzungen sind öffentlich und Bürgerinnen und Bürger können sich beteiligen. Einmal monatlich gibt es zudem zusammen mit dem Ortsverband DIE LINKE. Lauchhammer eine Sozialsprechstunde in unserem Bürgerbüro in der Cottbuser Straße 4 in Lauchhammer-Mitte. Dieses Angebot haben nur wir.

Alle Mitglieder unserer Fraktion und die sachkundigen Einwohner sind außerdem ehrenamtlich in verschiedenen Vereinen und Initiativen tätig. Jedes Fraktionsmitglied bringt sich im gesellschaftlichen Leben der Stadt ein und besitzt somit umfangreiche basisverbundene Sachkenntnis. Wichtig für uns ist, die Belange der Bewohnerinnen und Bewohner unserer Heimatstadt stets im Kopf zu haben und sie zu vertreten. Das ist manchmal aus fiskalischen Gründen schwierig, da die Finanzsituation der Stadt angespannt ist. Im Finanzausschuss zum Beispiel wurde mehrmals von uns kritisiert, nicht ausreichende Informationen und Details zu erhalten. Wir fordern oft eine tiefgründigere, inhaltliche Auseinandersetzung. Nicht alle Fraktionen sehen das immer so. Dabei sind wir immer interessiert, ernsthafte und zielführende Diskussionen zu führen.

Viola Weinert

Die Idee, dass unsere Stadt den Zusatz „Kunstgussstadt“ erhält kam von uns und alle Mitglieder der SVV und der Verwaltung haben diese Idee letztendlich mitgetragen. Heute dürfen wir uns offiziell „Lauchhammer – Kunstgussstadt“ nennen.

Des Weiteren unterstützen wir zwei große Projekten, die von der Stadt in Angriff genommen werden. Zum einem das Jubiläum „300 Jahre Industriekultur“, welches wir im Jahr 2025 begehen dürfen sowie das Strukturwandelprojekt „Transformation 1.535°“ oder auch „ERZ und KOHLE“ genannt. Mit diesem Riesenprojekt werden Angebote geschaffen, die das Image der Stadt nachhaltig aufwerten und das Leben in unserer Stadt attraktiver werden lassen. Für die Verwirklichung brauchen wir engmaschige Begleitung in allen Fachausschüssen, durch alle Mitglieder der SVV, aber auch durch unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir waren, wir sind und wir werden dafür bereit sein.

Viola Weinert, Fraktionsvorsitzende in der SVV Lauchhammer

Neues aus dem Ortsverband in Lauchhammer

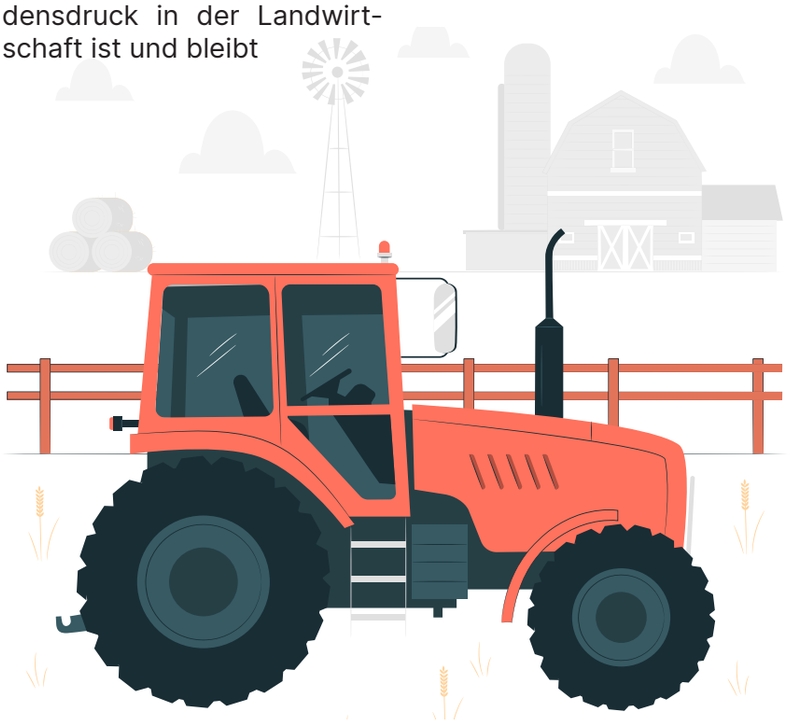
Auch im zurückliegenden Jahr 2023 haben die Mitglieder des Ortsverbandes zusammen mit unseren Mandatsträgern aus Lauchhammer, Schwarzheide und Ruhland wieder eine ganze Reihe an Veranstaltungen durchgeführt. So veranstalteten wir öffentliche Gesprächsrunden innerhalb unserer Veranstaltungsreihe „Lauchhammeraner Gespräche“ mit unserem Ortsnaturschutzbeauftragten Jörg Haupt zum Thema Naturschutz in Lauchhammer, mit einem Fachreferenten aus der Bundestagsfraktion zum Krieg in der Ukraine oder mit unserer Landtagsabgeordneten Kathrin Dannenberg zur Bildungspolitik in Brandenburg. Auch unser traditionelles Bürgermeistergespräch mit Bürgermeister Mirko Buhr haben wir durchgeführt. Der Zuspruch aus den genannten Veranstaltungen motiviert uns, auch im Jahr 2024 wieder themenreiche Veranstaltungen anzubieten, welche in unseren **Veranstaltungsplänen** zu finden sind. Den Plan für das **erste Halbjahr 2024** finden Sie demnächst auf der **Internetseite: www.dielinke-osl.de**. Wir veranstalten aber nicht nur Gesprächsformate - wir sind eine lebendige Partei! Und so beteiligten wir uns natürlich auch an zahlreichen Aktionen innerhalb der Stadt und unserer Region, z.B. an der Aktion „Friedenstauben für den Frieden auf der Welt" anlässlich des Jahrestages des Kriegsbeginns in der Ukraine, wo wir Friedens tauben bastelten und über all in der Stadt aufhängten. Oder unser Adventsbasteln, welches wir anlässlich des Weihnachtsmarktes in Lauchhammer veranstalteten. Zu Gedenktagen, wie dem „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“, dem „Tag der Befreiung“ oder bei Stolpersteinputzaktionen legten unsere Mitglieder Blumen nieder und hielten inne. Wenn es darum geht, Flagge zu zeigen für unsere tolerante und lebenswerte Region standen und stehen wir ebenso bereit.

In diesem Jahr endet die aktuelle Legislatur in den Kommunen und wir wählen am 09. Juni die kommunalen Gremien wie die Stadtverordnetenversammlungen und Ortsbeiräte sowie die Kreistage neu. Wir als LINKE befinden uns derzeit in der Kandidatenaufstellung. Wir werden sowohl auf unsere erfahrenen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker als auch auf „Neueinsteiger“ in der Kommunalpolitik setzen. Vom Hochschulabsolventen bis zum Facharbeiter, von Jung bis Erfahren. Denn genau diese breite Mischung macht uns und unsere Gesellschaft doch aus. Und dann haben Sie letztlich die Wahl, wem Sie Ihr Vertrauen geben, in den kommenden 5 Jahren unsere Heimat mitzugestalten.

Kevin Theiler, Vorsitzender des Ortsverbandes Lauchhammer

Handeln statt Ankündigen: Woidke muss Landwirtschaft zur Chefsache machen!

Die angekündigten Kürzungen bei der Agrardiesel-Beihilfe und die ebenfalls angekündigte Abschaffung der Kfz-Steuerbefreiung waren nur die Tropfen, die das Fass zum Überlaufen brachten. Auch wenn diese Maßnahmen jetzt von der Bundesregierung abgeschwächt werden: Der Leidensdruck in der Landwirtschaft ist und bleibt



riesig! Seit Jahren wird den Landwirtinnen und Landwirten eine Last nach der anderen aufgedrückt. Natürlich ist es richtig, darüber nachzudenken, wie die Landwirtschaft den Herausforderungen beim Klimaschutz, der Klimaanpassung, Tierwohl, Umweltschutz, sozialer Absicherung besser gerecht werden kann. Aber die Kosten dafür können nicht einfach den Landwirt*innen aufgedrückt werden. Vor allem nicht, wenn die strukturellen Probleme nicht angegangen werden: der ruinöse Wettbewerb auf dem Weltmarkt, die Spekulation mit Lebensmitteln, die Allmacht des Lebensmitteleinzelhandels, der nach Belieben Preise diktieren und die Gewinne einstreichen kann. Der Bund hat von der Zukunftskommission Landwirtschaft und vom Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung („Borchert-Kommission“) Zukunftskonzepte erarbeiten lassen, nur um sie dann liegen zu lassen. Kein Wunder, dass sich die landwirtschaftlichen Akteure da verschaukelt fühlen. Die Bundesregierung muss endlich aktiv werden. Ein Maßnahmenplan zur Umsetzung der Kommissionsergebnisse unter Einbeziehung der berufsständischen Vertretungen sowie eine verlässliche und planbare Finanzierung müssen her. Dafür müssen sich der Ministerpräsident Dietmar Woidke und der Landwirtschaftsminister Axel Vogel auf Bundesebene endlich einsetzen.

In Brandenburg muss die Landwirtschaftspolitik endlich vom Ankündigen zum Handeln kommen. Düngestrategie, Ackerbaustrategie, Nutztierstrategie, Bioökonomiestrategie, Entbürokratisierung, Agrarstrukturgesetz – alles Vorhaben, die sich die Landesregierung vorgenommen oder die der Landtag beauftragt hat, um die Landwirtschaft wirtschaftlich tragfähig, zukunftsfähig, klimafreundlich, ressourcenschonend und sozial gerecht aufzustellen. Nichts davon wurde bisher vorgelegt, manches ist seit Jahren überfällig, die Nutztierstrategie beispielsweise seit 2021.

Offenbar werden alle diese Vorhaben durch die Uneinigkeit in der Kenia-Koalition zerrieben. Und es sind für die Umsetzung schlicht nicht genügend Ressourcen da, weil die Koalition immer alles unter Haushaltsvorbehalt beschließt und dann keine Mittel zur Verfügung stellt. Folgenlose Ankündigungen, Nichtstun oder unendliches Herauszögern von Entscheidungen verspielt Vertrauen bei den Landwirt*innen und schadet der Brandenburger Landwirtschaft. Wir brauchen eine Zukunftsperspektive für die Landwirtschaft – aber nicht ausschließlich durch immer neue Regeln und Auflagen, sondern unter der Voraussetzung wirtschaftlicher Tragfähigkeit.

Wenn das Agrarministerium nicht zu Potte kommt, muss Ministerpräsident Woidke die Landwirtschaftspolitik zur Chefsache machen!

Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, zeitnah zu einem Brandenburger Agrargipfel unter Einbeziehung der Berufsständischen Vertretungen, Wissenschaft und Umweltverbände einzuladen.

Weiteren Stillstand kann sich die Brandenburger Landwirtschaft nicht leisten.

Thomas Domres,
MdL und Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft, Klimaschutz, Medienpolitik

Wie menschenverachtend kann eine Partei eigentlich sein?

Im Jahr 1940 planten die Nazis, alle Juden Europas zu deportieren. Auf eine Insel neben Afrika. Der sogenannte Madagaskarplan. Was Nazideutschland dann mit den Juden wirklich tat, ist hinlänglich bekannt. Etwa 6 Millionen Juden wurden umgebracht.

Im Jahr 2024 besprechen Vertreter der AfD wiederum die Deportation von Millionen Menschen. Menschen, die aus irgendeinem Grunde nicht in ihr Weltbild passen. Auch Menschen mit deutschem Pass. Mitten in Deutschland.

War ja nur ein privates Treffen, sagt die AfD Chefin Weidel.

Wer jetzt nicht begreift, dass die AfD in weiten Teilen ein menschenverachtendes, faschistisches Weltbild vertritt, hat aus der Geschichte nichts gelernt. „Nie wieder Faschismus“ ist genau jetzt. Die Linke wird das laut und deutlich vertreten. In allen Parlamenten und auf allen Demonstrationen!

Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Hass, Vorurteile und Menschenverachtung nicht unser Land regieren!

Thomas Fron
Fraktionsvorsitzender der SVV in Lübbenau

Konsequent vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger in Großräschen:

Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Großräschen engagiert sich konsequent für die Bürger*innen, das sollen folgende Beispiele belegen:

1. Reduzierung der Elternbeiträge für Kita-Betreuung und der Essengeldkosten für die Eltern in Kitas, Horten und Schulen

Beitragsfreiheit für Kitas eingefordert
Die Linke verfolgt konsequent das Ziel der Elternbeitragsfreiheit für Eltern in Krippen, Kita und Hort. Die Beitragsfreiheit in den Kitas wurde durch DIE LINKE in der letzten Landesregierung mit ihrer Beteiligung auf den Weg gebracht und wurde von der aktuellen Koalition jedoch für 2022 ausgesetzt und deutlich gestreckt.

Kitabeiträge gesenkt
Mit Antrag vom 21.10.2021 hat unsere Fraktion gefordert, die Kita-Beiträge in Großräschen nicht wie von der Stadtverwaltung vorgeschlagen, zu erhöhen, sondern gegenüber der alten Satzung von 2010 in allen Stufen zu senken und die zu zahlenden Höchstsätze auch in den neu eingeführten obersten Einkommensstufen zumindest nicht zu erhöhen.
Die Stadtverordnetenversammlung Großräschen hat auf unseren Antrag hin einstimmig einen Brief der Stadtverordneten an den Ministerpräsidenten Woidke verabschiedet, in dem gefordert wird, die zügige Beitragsbefreiung für den KITA-Bereich (3-6 Jahre) umgehend unabhängig von der Haushaltslage zu beschließen, um so eine wesentliche Entlastung der Eltern zu erreichen.

Elternbeitrag zum Essensgeld nicht erhöht
Auf Antrag unserer Fraktion zur Stadtverordnetenversammlung am 7.12.2022 wurde mehrheitlich beschlossen, den Elternbeitrag zum Essengeld in den Kitas der Stadt bei 2,00 EUR pro Person beizubehalten und nicht wie geplant auf 2,30 EUR zu erhöhen. Die gestiegenen Kosten sind durch den Stadthaushalt zu tragen.

Ausblick:
Wir werden dranbleiben, damit 2024 tatsächlich die komplette Kita-Beitragsfreiheit umgesetzt wird. Jetzt müssen wir auch um Entlastungen und letztendlich Beitragsbefreiungen für Krippen und Horte kämpfen und bezahlbare Essengeldbeiträge der Eltern sichern.

2. Schwimmbadnutzung im FEZ Großräschen gesichert
Mit auch unserer Unterstützung konnte die Schwimmbadnutzung auch im Jahr 2023, gesichert werden, auch wenn teilweise durch objektive Gründe eingeschränkt. Wir unterstützen alle Maßnahmen zur Gewährleistung der weiteren öffentlichen Schwimmbadnutzung bei weiterhin geringen Eintrittsgebühren.

Freier Eintritt für Kinder bis 14 Jahre
Unser Antrag auf Einführung eines freien Eintritts für Kinder bis 14 Jahre wurde von den anderen Abgeordneten jedoch abgelehnt. Das ist um so mehr ärgerlich, zumal die Nutzung des Großräschener Sees nach wie vor nicht gestattet ist.

3. Aufmerksame Begleitung der durchgeführten Bürgerbeteiligungsprojekte und der Entwicklungsplanungen der Stadt

Sicherung der Nutzungsfestsetzungen für Kleingartenvereine im Flächennutzungsplan: Erst auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde die weitere uneingeschränkte Nutzbarkeit der städtischen Flächen durch den Kleingartenverein Nordstern e.V. in der Großräschener Nordstadt einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. In dem Abschlussdokument eines umfangreichen Bürgerbeteiligungsprojektes wurde das vollumfänglich in Frage gestellt. Auch für die Nutzung der privaten Flächen der Gartensparte Am Glaswerk konnte die mittelfristige Sicherung der weiteren kleingärtnerischen Nutzung im Integrierten Entwicklungskonzept der Stadt durch unsere aktive Einflussnahme gesichert werden, nachdem ursprünglich nur eine zeitlich begrenzte Nutzungsperspektive im Dokument vorgesehen war.

4. Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit auch durch finanzielle Unterstützung
Auch durch die langfristige Unterstützung durch unsere Fraktion konnte die Arbeit der zahlreichen Vereine wie in den vergangenen Jahren fortgeführt und ausgebaut werden. Die **Aufstockung des Vereinsunterstützungsfonds um 10.000 EUR jährlich**, über den der BKS-Ausschuss auf Antrag entscheidet, und die Erhöhung der Zuwendungen für die Ortsteile erfolgte mit unserer aktiven Zustimmung.

Wir werden auch weiterhin im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger aktiv sein und aufmerksam und positiv kritisch alle Maßnahmen der Verwaltung begleiten.

Axel Rudo
Fraktion DIE LINKE in der SVV Großräschen

Bereit für die Kommunalwahl!

Am Montag den 15.01.2024 fand die Aufstellungsversammlung der Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung Großräschen im Quartierstreff statt. Als linke Spitzenkandidaten wurden Axel Rudo auf Listenplatz 1 und Marcus Hoffmann auf Listenplatz 2 gewählt. Folgend treten von Listenplatz 3 bis 6 nachstehend Ulrich Forkel, Horst Polzin, Wolfgang Draeger und Andreas Märkisch an. Neben der Wahl der Kandidaten besprachen wir auch unser Kommunalwahlprogramm. Die Eckpfeiler bilden die Stärkung der Bürgerbeteiligung, Sicherung und weitere Förderung sozialer Einrichtungen wie Kitas, Schulen und Jugendclubs sowie Digitalisierung der Verwaltung. Auch unsere Direktkandidatin zur Landtagswahl - Annett Bauer - machte sich während der Sitzung ein Bild von den Herausforderungen in Großräschen.

v.l.n.r. Ulrich Forkel, Andreas Märkisch, Marcus Hoffmann, Axel Rudo, Wolfgang Draeger, Horst Polzin

Kevin James Schulz
Kreisgeschäftsführer

Eine neue Stadtverordnete und Endspurt bei der SVV in Calau / Kalawa

Zum 31.12.2023 gab Michael Petras sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung nach sage und schreibe 33 Jahren aus gesundheitlichen Gründen ab. An dieser Stelle sei ihm noch einmal für seine Arbeit gedankt und wir wünschen ihm viel Gesundheit und Glück! Nachrückerin ist die Lehrerin Heike Borchardt, die schon seit vielen Jahren sachkundige Einwohnerin im Sozialausschuss ist. Heike Borchardt wohnt seit 1990 in Calau, ist verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn. Sie hat an der pädagogischen Hochschule in Halle Lehramt für Mathematik und Chemie studiert, studierte später noch einmal um das Fach Sport zu unterrichten und absolvierte wiederum ein paar Jahre später ein weiteres Studium für Sonderpädagogik in Potsdam. Seit 1999 arbeitet sie in Calau an der Robert-Schlesier-Schule und ist Vorsitzende des Sportbeirates. In ihrer Freizeit treibt sie, wie soll es anders sein, viel Sport und wandert. Heike Borchardt ist nun Mitglied des Bau- und Finanzausschusses, sowie des Hauptausschusses der Stadt Calau für die Fraktion „Die Linke. / Bündnis 90 Die Grünen“.

Heike Borchardt

Das Jahr 2023 ist Geschichte und in wenigen Monaten finden am 9.Juni die Kommunalwahlen statt. Es sind meiner Meinung nach die wesentlichsten Wahlen, die die BürgerInnen mitentscheiden können, denn sie nehmen direkten Bezug auf das, was hier vor Ort geschieht. Der politische Diskurs in einer SVV ist wichtig und es ist durchaus normal, wenn nicht alle einer Meinung sind. Ich erlebte in der Vergangenheit immer wieder auch Unverständnis, wenn es in der SVV auch mal kontrovers zuging. Aber gerade das muss in der politischen Debatte auch möglich sein (natürlich gibt es auch Grenzen des Anstands, an die sich alle halten sollten). Deswegen bildet die SVV trotzdem das politische Meinungsbild ab und Stadtverordnete stehen für ihre WählerInnen, die ihnen das Vertrauen aussprechen für sie reden zu dürfen. Das ist der Sinn dieses Gremiums. Gewählte Stadtverordnete können, wenn sie entsprechende Mehrheiten erzeugen, die Beschlüsse einer Stadtverordnetenversammlung entsprechend beeinflussen. Bürgerinnen und Bürger aus unserer Mitte! Es ist nicht zwingend der Bürgermeister, der die Geschicke einer Stadt lenkt und leitet. Letzten Endes sind die Stadtverordneten diejenigen, die den Willen der WählerInnen darstellen. Sicher ist es gut, wenn der Bürgermeister immer sichere Mehrheiten für seine Ideen hinter sich versammeln kann. Dazu muss es entsprechende Kommunikation und Transparenz geben. Das ist nicht immer so einfach, muss allerdings ein wesentliches Merkmal in einer Demokratie sein. Um Teilhabe an allen politischen Prozessen zu gewährleisten, gibt es alle 5 Jahre eine Kommunalwahl.

Mario Dannenberg

Dafür haben sich viele Menschen 1989 zu Recht eingesetzt. Mitbestimmen heißt aber auch etwas von seiner persönlichen Zeit, seiner Lebenszeit, abzugeben und auch für andere da sein zu wollen! Machen Sie mit!

Mario Dannenberg,
Vorsitzender der Fraktion „Die Linke. / Bü 90 Die Grünen“ in der SVV Calau

CDU braucht eine klare Kante gegen die Werteunion

Angesichts der Enthüllungen von correctiv.org über Deportationspläne eines rechten Netzwerkes unter Beteiligung von Mitgliedern von AfD und CDU fordern Janine Wissler, Vorsitzende der Partei Die Linke und Martina Renner MdB, Innenpolitikerin und Expertin für Rechtsextremismus von der CDU einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der Wertunion.

Dazu erklärt Janine Wissler: »Die AfD spielt eine zentrale Rolle bei rechten Bestrebungen, gewaltsam gegen Menschen und Institutionen vorzugehen. Das hat sich bereits bei der Reichsbürger-Razzia gezeigt. Sie ist eng sowohl ins gewalttätige rechte Milieu, als auch in finanzkräftige und einflussreiche Kreise vernetzt. Das ist eine ernste Bedrohung, auf die man reagieren muss. Die Art der Vernetzung extrem rechter und faschistischer Akteure mit Vertretern der CDU, aus Wirtschaft und Adel macht deutlich, wie tief die braunen Wurzeln reichen. Die CDU ist in einer besonderen Verantwortung, die demokratiefeindlichen Bestrebungen der AfD klar zu verurteilen und jede Zusammenarbeit mit der AfD und das Nutzen gemeinsamer Mehrheiten auszuschließen. Es wäre insbesondere an der Zeit, sich klar von der Werteunion abzugrenzen, die praktisch als Bindeglied zwischen AfD und CDU fungiert, und die bei dem Treffen im November prominent vertreten war. Es ist höchste Zeit, dass der Vorstand und der Vorsitzende der CDU Friedrich Merz feststellen, dass die Mitgliedschaft in der CDU mit einer Mitgliedschaft in der Werteunion unvereinbar ist. Sonst bleibt alles Gerede von Brandmauern unglaubwürdig.« Und Martina Renner MdB, Innenpolitikerin und Expertin für Rechtsextremismus, sagt: »Neben Neonazis und Unternehmern haben auch CDU-Mitglieder über völkische Deportationspläne diskutiert. Diese richten gegen Millionen Menschen und unsere Verfassungswerte. Es wird erneut und unmissverständlich deutlich, dass die AfD ihr völkisches und rassistisches Weltbild bei einer Machtoption durchsetzen will. Mit aller Gewalt und Hand in Hand mit Neonazis, unternehmerischen Finanziers und dem reaktionären Bürgertum. Es benötigt unser aller Widerstand und einen neuen antifaschistischen Konsens, um Menschen- und Bürgerrechte und die demokratische Gesellschaft zu verteidigen.«

Die Linke
Kreisverband Oberspreewald -Lausitz

Schloßstraße 3,
01968 Senftenberg

info@dielinke-osl de
www.dielinke-osl.de

Info-Stammtische zur Volksinitiative:

In Calau am 13. Februar 2024 von 17:00 bis 18.30 Uhr im Wahlkreisbüro Kathrin Dannenberg Töpferstraße 9-10

In Lauchhammer am 14. Februar 2024 von 17:00 bis 18.30 Uhr im Wahlkreisbüro Kathrin Dannenberg Cottbuser Str.4

In Senftenberg am 16. Februar von 16:00 bis 18:00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle der Partei Die Linke, Schloßstr. 3

Wir freuen uns auf Sie, auf gute Gespräche bei einem Glas Wein, Saft und Snacks - gemeinsam mit Kevin Theiler, Annett Bauer und Kathrin Dannenberg

Jetzt unterschreiben!

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BRANDENBURG

Regionalkontakt Senftenberg/ Zły Komorow
Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann / Cathleen Bürgelt
senftenberg@bbg-rls.de
www.rosalux.de

Senftenberg/Zły Komorow

Kreisgeschäftsstelle und Büro Kreistagsfraktion / Fraktion i. d. SVV Senftenberg / Ortsverband (OV)

Schloßstraße 3,
01968 Senftenberg
Di: 10:00 bis 18:00 Uhr
Tel.: 03573 148463
info@dielinke-osl.de

Calau/Kalawa

Bürgerbüro Kathrin Dannenberg & Fraktion i. d. SVV Calau / BO

Töpferstraße 9
03205 Calau
Tel.: 03541 7024007
kathrin.dannenberg@linksfraktion-brandenburg.de

Lauchhammer

Bürgerbüro Kathrin Dannenberg & Fraktion i. d. SVV Lauchhammer / OV

Cottbuser Straße 4
01979 Lauchhammer
Tel.: 01525 9572215
kevin.theiler@dielinke-osl.de
kathrin.dannenberg@linksfraktion-brandenburg.de

Lübbenau / Lubnjow

Büro der Fraktion i. d. SVV Lübbenau / BO

Otto-Grotewohl-Straße 4,
03222, Lübbenau
Tel.: 0162 4578009
luebbenau@dielinke-osl.de

IMPRESSUM / Kontakt
v. i. S. d. Presserechts
Die Linke Kreisverband Oberspreewald-Lausitz
vertreten durch Kathrin Dannenberg (Vorsitzende)
Schloßstraße 3, 01968 Senftenberg
Tel.: 03573 148463
info@dielinke-osl.de
www.dielinke-osl.de

Chefredakteur:
Kevin James Schulz (Kreisgeschäftsführer)
Schloßstraße 3, 01968 Senftenberg
Tel.: 01522 3985574
kevin.schulz@dielinke-osl.de
Bildquellen: https://de.freepik.com
Auflage: 56.000 Ausgabe: Januar 2024